

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgelb), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 33.

Berlin, den 16. August 1908.

9. Jahrgang.

Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

An die christlichen Arbeiter u. Arbeiterinnen aller Länder.

Arbeitskollegen!

Die in Zürich versammelten Vertreter der christlichen Gewerkschaften der verschiedenen Nationen richten an die Aufforderung, den Gewerkschaftsorganisationen Eurer Länder beizutreten, dieselben zu fördern und zu unterstützen, welche sich zum Ziele gesetzt haben:

1. Die Verhältnisse der Lohnarbeiter in bezug auf Lohn und Arbeitszeit, persönliche Achtung und Schutz der Gesundheit zu bessern, zu schützen und zu sichern;
2. Diese Aufgaben zu verfolgen auf dem Boden der staatlichen Ordnung und alle Mittel und Bestrebungen auszuschließen, welche die religiösen und politischen Anschauungen ihrer Mitglieder zu verletzen geeignet sind;
3. Als Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben die friedliche Einwirkung auf die Arbeitgeber und, wenn diese fruchtlos ist, die Arbeitsverweigerung als notwendiges und berechtigtes Kampfmittel betrachten und dabei die Grundsätze der Gerechtigkeit zu beobachten gewillt sind;
4. Die Gleichberechtigung des Lohnarbeiterstandes in Staat und Gesellschaft, insbesondere im Arbeitsvertrag, mit aller Entschiedenheit zu erstreben, aber das Prinzip des sozialdemokratischen Klassenkampfes verwerfen;
5. Das Zusammenwirken der christlichen Arbeiter der verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien zu diesem Zwecke zu fördern.

Arbeitskollegen!

Wir sind durch die eingehenden Beratungen in Zürich in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß die soziale Lage unseres Standes in allen Kulturländern in der Regel durch die gleichen Verhältnisse bedingt ist, die in der von der Technik beförderten industriellen Entwicklung und den Auswüchsen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ihren Grund haben. Zur Beseitigung der sozialen Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, ist der Zusammenschluß derselben in Gewerkschaften, wie wir sie hier bezeichnet haben, eine unerbillliche Notwendigkeit, um den Kampf führen zu können für gerechte Arbeitsbedingungen und für die freiheitliche und selbständige Stellung des Lohnarbeiterstandes.

Wir richten deshalb an Euch, christliche Arbeiter, den lebhaften Appell: Legt Eure Kleinmütigkeit, Eure Vorurteile und Eure Gleichgültigkeit ab! Schließt Euch diesen Gewerkschaften an und werdet opferfreudige und selbstbewusste Mitkämpfer für die gerechte Sache der Arbeiter. In der Organisation liegt unsere Kraft und unsere Hoffnung! In diesen Zielen sind die Lohnarbeiter aller Länder solidarisch.

Wir wollen uns die Bruderhand reichen zu einem Schutz- und Trugbündnis im Kampfe für unsere Rechte, für Gott, Familie und Vaterland!

Die Vertreter auf der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaften.

Für Deutschland: Effert-Essen, Vogelsang-Essen, Imbusch-Essen, Behrens-Essen, Kürup-Essen (Bergarbeiter); Schiffer-Düsseldorf, Sistenich-Aachen, Pesch-Crefeld, Camps-Münster, Hermes-M. Gladbach, Röbling-Strasbourg (Textilarbeiter); Wieber-Duisburg, Klost-Essen (Metallarbeiter); Wiedeberg-Berlin, Becker-Berlin (Bauarbeiter); Dauer-München, Sedlmayer-München (Bayerische Eisenbahner); Oswald-München (Hilfs- und Transportarbeiter); Kurtscheid-Cöln, Königsbauer-München (Holzarbeiter); Cammann-Rees (Tabakarbeiter); Lechner-Cöln (Keramarbeiter); Schwarzmann-Cöln (Schneider); Kienecker-Frankfurt (Lederarbeiter); Illig-Berlin (Buchdrucker); Schirmer-München (Salinenarbeiter); Schmitz-Düsseldorf (Bäcker); Giesberts-M. Gladbach, Stegerwald-Cöln, Brauer-Cöln (Gesamtverband).

Für Oesterreich: Kunschak-Wien (Gewerkschaftskommission); Spalowsky-Wien (Holzarbeiter); Allreich-Wien (Tabakarbeiter); Hanack-Wien, Kowarik-Wien, Krikawa-Wien (Textilarbeiter); Maco-Wien (Bäcker); Michler-Dornbirn (Sticker); Fischer-Graz (Gewerkschaftsverein).

Für Belgien: Debruyne-Gent (Allgemeines Gewerkschaftssekretariat); Eylembosch-Gent (Volksbund); Van Dyf-Antwerpen (Schneider); van Dyf-Antwerpen (Schuharbeiter); Claassens-Antwerpen (Buchdrucker); Verdellen-Mechelen (Holzarbeiter); Pieters-Vendermonde (Textilarbeiter).

Für die Schweiz: Brielmaier-St. Gallen, Lander-Zürich (Gewerkschaftsbund); Eisein-St. Gallen, Greven-Basel (Holzarbeiter); Kern-St. Gallen, Fr. Schriber-Kriens, Fr. Lechner-Zürich (Textilarbeiter); Meßger-Frauenfeld (Bekleidungsbranche); Buomberger-Schaffhausen (Bäcker); Widmer-Zürich (Gewerkschaftsartell); Knabl-Zürich (Maurer); Spaucke-Basel (Buchbinder).

Für Holland: Huising-Enschede (Internationale Textilarbeitervereinigung); Zielmans-Kerkrade (Bergarbeiter); Derveld-Enschede, Stins-Enschede (Textilarbeiter); Poell-Tilburg, Kamp-Hengelo (Katholische Textilarbeiter).

Für Schweden: Nilsson-Stockholm, Sjödin-Stockholm.

Für Rußland: Neumann-Lodz (Textilarbeiter).

Für Italien: Colombo-Mailand (Textilarbeiter).

Die internationale Konferenz.

I.

Eine weitere Etappe in dem Werdegang der christlichen Arbeiterbewegung! Vom 2-5 August traten die Führer der christlichen Gewerkschaften aus einer Reihe von Ländern

zu einer internationalen Konferenz, und zwar der ersten allgemeinen, in Zürich zusammen. Zwar bestehen bereits heute schon zwischen verschiedenen christlichen Berufsverbänden einzelner Länder internationale Verbindungen und Abmachungen. Nunmehr galt es zunächst die Grundlage für eine allgemeine internationale Verbindung zu schaffen. Die prinzipielle Klarheit läßt mancherorts noch

zu wünschen übrig, die Zerspaltung in der Organisationsform ist in verschiedenen Ländern noch sehr groß. Sollte es der Konferenz gelungen sein, in diesen Fragen aufklärend und vorwärtstreibend zu wirken, so können wir vorab mit dem Erfolg zufriedener sein. Der praktischen Tätigkeit konnte daher weniger Zeit gewidmet werden, obwohl auch diese Seite der zukünftigen Aufgaben der internationalen Verbindung, sowohl ihre Erwählung und Begründung in den einzelnen grundlegenden Referaten, und besonders bei der Behandlung der Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in den Grenzgebieten, fand.

Eingeleitet wurde die Konferenz mit einer ebenso herzlichen wie schönen Begrüßungsfeier der Züricher christlichen Gewerkschaftler. Das stimmungsvolle „Eidgenossen, Gott zum Gruß“, vom Züricher Arbeitergefangenenverein vorgetragen, gab dem Augenblick die richtige Weihe. Arbeitersekretär Lander (Zürich) begrüßte im Namen der schweizerischen Kollegen die erschienenen fremdländischen christlichen Gewerkschaftler. Er erinnerte an die im August 1897 in Zürich stattgefundene erste und einzige internationale Arbeiterschuttkonferenz, an der schon damals die Kollegen Giesberts und Schirmer teilgenommen hätten. Von einer christlichen Gewerkschaftsbewegung war damals noch kaum die Rede, um so erfreulicher sei es daher, daß bereits heute, in einer so verhältnismäßig kurzen Zeit, eine so stattliche Zahl christlicher Gewerkschaftler sich in internationaler Verbindung zusammenfinden können. — Kollege Wieber hielt die Festrede in bekannter meisterhafter Weise über die Erfolge der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Die Vertreter der einzelnen Länder überbrachten die Grüße ihrer Heimat. Aus allem Klang die Genugtuung über den nunmehr beschrittenen Weg. In bewogenen Worten gedachte Kollege Giesberts der oben erwähnten internationalen Arbeiterschuttkonferenz, und in welcher seelischer Depression er damals die Heimreise von Zürich angetreten habe. Darüber sei er sich zu jener Zeit klar geworden: wollen wir unsern Gegnern gegenüber nicht unterliegen, so kann das nur in der klaren Erkenntnis des gewollten Zieles und durch ruheloze Tätigkeit geschehen.

Bertraten waren auf der Konferenz die Länder Oesterreich, Belgien, Rußland, Italien, Holland, Schweden, die Schweiz und Deutschland, mit 67 Delegierten und 21 Gästen. Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden die Kollegen Schirmer (Deutschland) und Brielmaier (Schweiz) gewählt; zu Beisitzern je ein Vertreter der einzelnen Länder.

Die Tagesordnung umfaßte:

1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern.
2. Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart. Referent: J. Giesberts-M. Gladbach (Deutschland).
3. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Beziehungen und Gründung eines internationalen Sekretariats. Referent: René Debruyne-Gent (Belgien). Korreferent: C. M. Schirmer-Düsseldorf (Deutschland).
4. Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten. Referent: Franz Spalowsky-Wien (Oesterreich). Korreferent: Herm. Vogelsang-Essen (Deutschland).
5. Internationale Konferenzen der einzelnen Berufsverbände.

Für Deutschland berichtet an erster Stelle Kollege Stegerwald. Er hebt besonders hervor, daß man in Deutschland die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als die Arbeiterbewegung schlechthin, sondern als einen Teil der Arbeiterbewegung betrachte. Politisch und konfessionell seien die christlichen Gewerkschaften Deutschlands neutral, jedoch werde den Arbeitern nahegelegt, sich auch den konfessionellen Arbeitervereinen anzuschließen, denen die allgemeinstaatbürgerliche Schulung und vor allem die Befriedigung der sittlich-religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder obliege, während der Gewerkschaftler die Beschäftigung mit den Fragen des Arbeitsvertrags, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung zufällt. Im übrigen könne ausgesprochen werden, daß trotz aller politischen und namentlich konfessionellen Gegensätze kein zweites Land der Welt eine so geschlossene Gewerkschaftsbewegung habe wie Deutschland. Die christliche Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs hat sich, wie Spalowsky-Wien berichtet, in vielen Punkten an das deutsche Muster angegeschlossen. Sie hat unter den nationalen Gegensätzen schwer zu leiden; so stehen die tschechischen Arbeiter, die eine ziemlich stramme christliche Gewerkschaftsbewegung besitzen, noch immer abseits. Im übrigen macht die Bewegung, die erheblich jünger ist als die deutsche, erfreuliche Fortschritte. Wehnachten soll der erste christliche Gewerkschaftskongress stattfinden. Ein von Etzel aus unternommener Versuch, das konfessionelle Moment in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen, konnte glücklicherweise als endgültig gescheitert betrachtet werden. Insgesamt umfasse die christliche Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs rund 63 000 Mitglieder. Die christliche Gewerkschaftsbewegung der Schweiz, über die Brielmaier-St. Gallen berichtet, führt ihre ersten kümmerlichen Anfänge auf das Jahr 1900 zurück. Sie hat sich aber in dieser kurzen Zeit so rasch entwickelt, daß sie heute schon 9 Berufsverbände mit rund 5300 männlichen Mitgliedern umfaßt. Auch sie ist politisch und konfessionell streng neutral. In den 5300 männlichen Mitgliedern kommen noch 6000 in Arbeiterinnenvereinen organisierte Textilarbeiterinnen, die vorläufig nur ein niedrig bemessenes Jahrespauschale

zahlen. Sehr hinderlich ist der Bewegung der „Kantoni-Geist“, der alles, was aus einem andern Kantone kommt, von vornherein mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet. Bei der nötigen Ausdauer in der Arbeit sind aber in der Schweiz noch gute Erfolge zu erzielen, da hier bisher nur ein geringer Teil der organisationsfähigen Arbeiter organisiert ist. Ueber die Bewegung in Holland berichtet Guising-Eische. Der holländischen christlichen Gewerkschaftsbewegung fehlt noch eine starke Landes-Zentralorganisation, weshalb auch die Beschaffung des nötigen statistischen Materials mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Da die holländischen katholischen Arbeiter sich nach einem Beschlusse der holländischen Bischöfe grundsätzlich nur in katholischen Organisationen zusammenschließen dürfen, so überwogen in Holland die konfessionellen Gewerkschaften, und zwar zählen die katholischen 10.000 und die evangelischen 2000 Mitglieder, während die interkonfessionellen Organisationen, denen hauptsächlich die Metall-, Textil- und Bergarbeiter angehören, es auf 5500 Mitglieder gebracht haben. In Belgien umfaßt die christliche Gewerkschaftsbewegung nach dem von Debruyne-Geint erstatteten Bericht 30.664 in 20 Berufsverbänden organisierte Arbeiter; unter Hinzurechnung der gleichfalls auf christlichem Boden stehenden Bezirksverbände der Wanderarbeiter, speziell der Ziegeleiarbeiter, sind es rund 50.000. Die belgischen christlichen Gewerkschaften sind interkonfessionell. Die Gewerkschaftspressen sind gut entwickelt; seit 1904 ist die Mitgliederzahl jährlich im Durchschnitt um 35-40 Prozent gestiegen. Die italienische christliche Gewerkschaftsbewegung umfaßt rund 13.800 Mitglieder; nach Lage der Verhältnisse ist sie fast ausschließlich konfessionell. Neumann-Dobz berichtet über Rußland. Im eigentlichen Rußland ist danach von christlichen Arbeiter-Organisationen überhaupt keine Rede. In Rußisch-Polen und speziell Lodz bestehen zunächst zwei Arbeitervereine mit ausgesprochen nationaler Tendenz, ein deutscher und ein polnischer, die Streikbrecherdienste zu dem Zwecke leisten, um die Angehörigen der gegnerischen Nation aus ihrer Arbeitsstätte zu verdrängen — also „gelbe“ Organisationen im vollsten Sinne des Wortes. Eine ausgesprochen katholische Organisation, „Christliche Demokratie“ genannt, soll nach den Angaben ihres Leiters Pfarrer Wroblewski, im Gouvernement 50.000 Mitglieder, davon in Lodz allein 10.000, zählen. Unter Leitung des Berichterstatters steht endlich die „Gewerkschaft evangelischer Textilarbeiter“ mit 3000 Mitgliedern. Sie nimmt aber auch andere als Textilarbeiter auf und sie ist eigentlich nur dem Namen nach konfessionell, da ihr heute schon 500 deutschsprechende Katholiken angehören. Politisch ist sie und muß sie, um nicht sofort dem Verbot anheimzufallen, streng neutral sein. Ueber Mangel an Opferwilligkeit kann nicht gellagt werden. In Schweden ist, wie Sjöödin-Stochholm berichtet, der im Jahre 1899 begründete „Schwedische Arbeiterbund“ der Träger der christlichen Gewerkschaftsbewegung; er zählt 12.000 Mitglieder. Mit besonderer Schärfe wendet sich Redner gegen die von der sozialdemokratischen Presse kolportierte Behauptung, daß der Arbeiterbund eine „gelbe“ Gewerkschaft sei. Damit sind die Berichte erschöpft.

Ueber Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart referierte Kollege Giesberts. Er bemerkt einleitend, daß die kapitalistische Entwicklung die Voraussetzung gleich und hat die Unpersönlichkeit des Arbeitsverhältnisses der modernen Arbeiterbewegung ist. Diese ist in allen Ländern in der höchsten Form als Folgeerscheinung. Es ist eine harte Wahrheit, daß Millionen von Arbeitern zu der heutigen Großproduktion notwendig sind, die damit für ihr ganzes Leben in Abhängigkeit treten. In der Hand der Entwicklung der deutschen christlichen Gewerkschaften, die in dieser Beziehung als müßtergültig gelten können, flüchtet Redner dann in scharfen Strichen Wesen und Aufgaben der modernen christlichen Gewerkschaften. An die Spitze seiner Ausführungen stellt er den Satz, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung wirtschaftliche und nur wirtschaftliche Ziele zu verfolgen habe. Daraus ergibt sich, daß sie interkonfessionell und parteipolitisch neutral sein müsse. Religiöse Propaganda nach irgendwelcher Richtung zu treiben, kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Diejenigen, die die Gewerkschaftsbewegung auf konfessionellen Boden stellen möchten, vergessen eins: daß in dem Moment, wo eine Gewerkschaft sich als kirchliche Organisation bekennet und organisiert, ihr der Rücken gebrochen ist im wirtschaftlichen Kampfe. Denn keine Kirchengemeinschaft kann und wird die Verantwortung auf sich nehmen können für den Interessenkampf der Arbeiter. Deshalb geht auch jene Richtung darauf aus, Streiks überhaupt unmöglich zu machen, und sie hat, wie wir ihr nachgewiesen haben, zu diesem Zwecke schon mehr als einmal Streikbrecherdienste geleistet. Deshalb haben wir von jeher eifersüchtig darüber gewacht, daß keine Leute in unsere Bewegung hineingekommen, die nach der einen oder anderen Seite hin religiöse Propaganda machen wollen. Und andererseits bedeutet die Forderung, daß die Gewerkschaften politisch neutral sein sollen, durchaus nicht, daß der einzelne Gewerkschaftler politisch verstimmt soll. Wer auf gewerkschaftlichem Gebiete seinen Mann steht, der wird auch auf politischem Gebiete die Augen offen halten, und er wird es verstehen, auch seine politischen Forderungen durchzusetzen; nur tut er es nicht innerhalb der Gewerkschaft, sondern außerhalb derselben. Und das ist gut für die Gewerkschaften, die dadurch sich ihre volle Selbstständigkeit sichern und der Gefahr entgehen, das Odium der verschiedenen Partei-Aktionen auf sich nehmen zu müssen. Wir in Deutschland sind jedenfalls stolz darauf, daß wir uns nicht in das Schlepptau der einen oder der anderen Richtung haben nehmen lassen, sondern unsere volle Selbstständigkeit uns zu wahren wußten. Die religiöse und soziale und politische Schulung der Arbeiter verleihe wir dort, wohin sie gehört: in die konfessionellen Arbeitervereine, und diese Arbeitssteigerung ist es nicht zum wenigsten, der die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Erfolge verdankt.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe, so schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, hat im Laufe des Sommers keine weitere Verschlechterung mehr erfahren. Der Andrang Arbeiter jedoch hat der Arbeitsnachfrage nicht mehr zugenommen. In einigen Gegenden Deutschlands haben Bauarbeiter sogar wieder etwas leichter Beschäftigung als im Sommer 1907, und zwar sind es überwiegend insbesondere Gegenden resp. Städte, in denen sich die Lage des Arbeitsmarktes für Bauarbeiter gebessert hat. In den mehr landwirtschaftlichen Gegenden dagegen ist der Andrang Arbeiter wieder etwas gewachsen. So beobachtet man in Ost- und Westpreußen, in Brandenburg (mit Ausnahme von Berlin), Pommern und Posen ganz bedeutend mehr Arbeiter mit offenen Stellen, als zur entsprechenden Vorjahreszeit. In diesen Provinzen betrug nämlich der Andrang auf je 100 offene Stellen im Juni wie folgt:

	1907	1906
Ostpreußen	123,6	128,6
Westpreußen	96,0	370,3
Brandenburg	112,6	221,1
Pommern	78,0	112,2
Posen	77,4	256,1

Der Andrang ist in den angeführten Gegenden noch weit höher als im Vorjahre und ist von Polen abgesehen, auch noch im Laufe der letzten Monate fast unverändert geblieben. In Schlesien und Hannover dagegen ist die Nachfrage nach Arbeit im Baugewerbe seit September als im Vorjahre. In anderen Industriegegenden

ist der Andrang zwar immer noch etwas höher als 1907, er ist aber in den letzten Monaten immerhin schon erheblich zurückgegangen.

Berechtigter Streik. Da eine dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe in Jena angehörende Firma sich den Beschlüssen der Schlichtungskommission nicht fügte, gab genannter Arbeitgeberverband folgende offizielle Erklärung ab: „Da sich die Firma Grobe zu Jena fortgesetzt weigert, den Beschlüssen der dortigen Schlichtungskommission sowie den vertraglichen Bedingungen nachzukommen, wird dieselbe hiermit auf Antrag des Bezirksverbandes Jena aus dem Arbeitgeber-Subverband ausgeschlossen.“

Der inzwischen ausgebrochene Streik wird als berechtigt erklärt; unsere Mitglieder haben demnach das Recht, die streikenden Arbeiter der Firma Grobe einzustellen. Das ist ganz vernünftig und findet sogar den Beifall der sozialdemokratischen Presse. Ob aber die radikal-sozialistische Presse auch die gleiche Befriedigung zeigte, wenn das gleiche sich auf Arbeiterseite ereignete? Das wagen wir nicht zu entscheiden.

Generalstreik — Generalunfuss. Die böllige Verfehltheit, ja direkte Gefährlichkeit des Generalstreiks haben wieder einmal mit aller nur möglichen Deutlichkeit die Vorgänge in der französischen Arbeiterwelt im Anfang dieses Monats gezeigt. Die Generalstreiks Idee hat ein völliges Fiasko gemacht. Wie groß letzteres gewesen sein muß, kann man wohl am besten daran erkennen, daß ein so radikal-sozialdemokratisches Blatt, wie die „Reiziger Volkszeitung“ (Nr. 179), resigniert gestehen muß, daß der Generalstreik verloren gegangen sei. „Nach den nunmehr vorliegenden Meldungen aus Paris ist es nicht zu bestreiten“, so schreibt das Blatt, „daß der Generalstreik vom 3. August in Paris, der die Antwort der Arbeiterklasse auf die Arbeitermorde von Villeneuve sein sollte, nicht den notwendigen Eindruck gemacht hat und nicht die Geschlossenheit aufwies, ohne die derartige Demonstrationen eher schaden als nützen.“ Der Straßenverkehr und die Haltung der Passanten war die alltägliche, und nur die aufmerksame Beobachter konnte „eine gewisse Veränderung“ im gewöhnlichen Aussehen aller Stadtteile konstatieren. Neben der Diktatur des Säbels, die die Regierung verhängt, tritt die Diktatur des Hungers, die die Unternehmer dekretieren: man plant eine große Massenarrestation. Trotz dieses jämmerlichen Fiaskos der Generalstreiks hören die radikal-sozialdemokratischen Kreise nicht auf, mit derselben weiter zu liebäugeln und den Generalstreik dem „Proletariat“ als ein entscheidendes Mittel „gegebenenfalls“, wie es in der Resolution zum politischen Massenstreik auf dem Jenaer sozialdemokratischen Parteitag vom Jahre 1905 heißt, hinzustellen. Wie sagte doch „Genosse“ Muer: Generalstreik ist Generalunfuss. Und für die Nichtigkeit dieser Worte des erfahrenen sozialdemokratischen Parteiführers bieten die Vorgänge in Frankreich einen treffenden Beleg.

Affordarbeit und Hauseinsturz. Der Hauseinsturz in Charlottenburg (siehe: „Von den Arbeitsstellen“ unter Charlottenburg), der vor einigen Tagen viele Arbeiter in Lebensgefahr brachte und auch einige schwere Verletzungen zur Folge hatte, ist nach den bisherigen Ermittlungen hauptsächlich auf die Affordarbeit mit ihren durch die Eile entstehenden Nachlässigkeiten zurückzuführen. Mag die Affordarbeit in anderen Berufen häufig im allgemeinen Interesse und im Interesse des Arbeiters liegen, so trifft dies im Baugewerbe nicht zu. Im Gegenteil, hier bringt die Affordarbeit nicht nur für die Arbeiter durch Steigerung der Unfallgefahren Nachteile, auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse ist die Affordarbeit im Baugewerbe zu bedauern, denn sie befördert das Baupfuschertum. Hauptsächlich sogenannte Spekulationsbauten werden bei Affordarbeit errichtet, Wohnhäuser, die nach Vollendung oder nach dem Einzug der ersten Mieter weiter verkauft werden. Der neue Käufer glaubt ein gutes bautes Haus zu kaufen und hat ein Gebäude erworben, das halb die kostspieligsten Reparaturen notwendig macht. Mindestens sollten Bauten, auf denen im Afford gearbeitet wird, besser überwacht werden, als dies jetzt geschieht.

Kraft im sozialdemokratischen Dachdeckerverband. Die Dachdecker Leipzigs haben in einer Versammlung fast einstimmig beschlossen, aus dem Zentralverband der Dachdecker Deutschlands auszutreten und eine örtliche Sonderorganisation zu gründen. Der Grund für diesen wichtigen Beschluß liegt in der Tatsache, daß die hiesigen Gehilfen mit den Beschlüssen des Verbandstages nicht einverstanden sind und namentlich die ablehnende Haltung des Zentralvorstandes der von Leipzig ausgehenden Protestbewegung gegenüber verurteilen. Die Vorarbeiten zur Gründung einer Lokalorganisation wurden einem besonderen Ausschuss übertragen.

Die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften zur Religion. Die amerikanische Bergarbeiterorganisation United Mine Workers of America ist, wie wir der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ entnehmen, nichts weniger als religionsfeindlich, wie das „Begrüßungs-Ritual“, das für die Beerdigung verstorbener Mitglieder vorgelesen ist, nachweist. Wir entnehmen das Ritual der „Konstitution des 12. Bezirks der Vereinigten Minenarbeiter von Amerika. Angenommen zu Springfield, Illinois, am 26. Februar 1907.“ Der Wortlaut ist nach einleitenden Bemerkungen über die Person des Verstorbenen folgender:

„Arbeiterbrüder, es ist ein hochfeierlicher Anlaß, der uns heute hier zusammenführt. Siege und Grob erinnern uns mächtig daran, daß wir hier sind. Mit dem Psalmisten mögen wir sprechen: „Herr! was ist der Mensch, daß du dich ihm zu erkennen gibst, oder der Menschensohn, daß du ihn adreist.“ Dem der Mensch, welcher aus dem Weibe geboren ist, ist voller Schmerzen und Leid. Wie die Blume spricht er auf und wird wieder wiedergebirt. Die Arbeit unserer Jahre gelangt zu unserm Ende; unser Staub wird wieder zu Staub werden, unser Geist aber zu Gott zurückkehren, von dem er gekommen.“

Darum nochmals, Brüder, werden wir daran erinnert, daß wir sterblich sind und über kurz oder lang diese irdische Hülle verlassen und in ein besseres Jenseits eingehen. Daher geehmt es sich für einen jeden von uns, unser Leben so einzurichten, daß es uns enger zusammenführt, ein Leben wahr gegen Gott und die Menschen.“

Die ganze schöne Welt erzählt uns des Ewigen Größe und Barockigkeit, unsere ganze Umgebung spricht zu uns von dem Weltall, in das uns der Schöpfer gesetzt.

„Deshalb aber trauig sein und klagen, wo Gott uns, so lange wir hier auf Erden sind, trösten kann, wie er versprochen hat, daß wir uns im Himmel wiederfinden werden; lehrt uns doch das Wort Gottes, daß unsere Seele ewig lebt.“

Und doch trauern wir und klagen wir, denn der Mund, der einst Worte der Liebe und der brüderlichen Zuneigung gesprochen, er ist auf ewig geschlossen, um sich auf dieser Erde nicht mehr zu öffnen.

Laßt uns nun, wer te Arbeiterbrüder, diesem Toten den letzten Tribut unserer Achtung zahlen, den wir ihm auf Erden darbringen können, indem wir auf seinen Sarg dieses Jammertums niederlegen als Zeichen dafür, daß sein Andenken stets bei uns verbleiben wird. Er hat die Seele geliebt und ist eingegangen in das himmlische Reich.“

Den lieben Angehörigen und Fremden unseres gangenen Bruders aber bringen wir in dieser Stunde der Trauer und Betrübniß unser tiefstes Beileid dar und ermahnen Herrn und Schöpfer aufzublicken, der allein Trost weiß. Und nun sagen wir dir, unserm dahingegangenen ein letztes schmerzliches Lebewohl.

Laßt uns beten: Möge die Gnade, der Frieden, Barockigkeit Gottes des Vaters, Gottes des Sohns Gottes des Heiligen Geistes bei dir sein und bleiben, ja in alle Ewigkeit. Amen.“

Damit vergleiche man einm. die Stellungnahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die schon des öfteren die Spende für ihr verstorbene Mitglied verweigerten aus dem — weil die Beerdigung durch einen Geistlichen erfolgte.

Ein neues Geheimabkommen. Schon seit Jahren der Arbeiterchaft von Duisburg, Ruhrort und Umgegend ein Geheimnis, daß unter den Arbeitgebern ihrer Eisenindustrie ein Abkommen bestand, infolgedessen ein von dem einen abgekürzter Arbeiter längere Zeit hindurch auf keinem Eisenwert des Duisburger Bezirks Arbeit finden konnte. Das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, der Duisburger Metallarbeiter, in der Lage, in seiner neuesten Nummer dem laut des Geheimabkommens zu veröffentlichen. Das Dokument lautet in den entscheidenden Paragraphen:

§ 1. Es verpflichten sich die Besitzer resp. Vertreter der bezeichneten Werke, unter keinen Umständen von einem a. Unterzeichneten Arbeiter für sich oder andere zu holen, noch einem der unterzeichneten Werke Erlaß ne aufzunehmen, diese nicht nachweislich seit mindestens vier Monaten vor ordnungsmäßig entlassen sind. Dem Werke, welches die Erlaß entlassen hat, bleibt es gestattet, dieselben nach eigenem Ermessen wieder anzunehmen. Arbeiter, welche wegen eines Berg gegen die Subordination und Disziplin oder wegen einer rührigen Handlung von einem der beteiligten Werke entlassen sind, dürfen überhaupt nur auf Grund eines Komitee-Beschlusses von einem anderen wieder in Arbeit gestellt werden.

§ 2. Falls es sich herausstellt, daß ein von einem der bezeichneten Werke entlassener Arbeiter, sei es durch Unterbrechung des letzten Absehens, sei es durch Vorgehung eines faktisch wiederum auf einem der anderen mitunterzeichneten Werke zu verschaffen gewußt hat, so ist derselbe auf Verlangen sofort in die 14tägige Kündigungsfrist zu setzen.

§ 3. Um dieser Verpflichtung Nachdruck zu verleihen, für jeden nachgewiesenen Fall der Uebertretung der Paragraphen 1 und 2 von dem Kontrahenten eine Summe von Marktausbeisshundert gezahlt, die sofort unter die anderen bezeichneten Werke zu gleichen Teilen verteilt und von diesen zur Hilfsbedürftiger Arbeiter verwendet wird.

§ 4. Um das in den Paragraphen 1 und 2 Gesagte durchzuführen zu können, tauschen die Werke bis zum 5. d. M. die Liste derjenigen Arbeiter aus, die im Laufe des vorhergehenden Jahres Aufnahme und Entlassung gekommen sind, und zwar getrennt diejenigen Arbeiter aufgeführt, die nicht ordnungsmäßig entlassen sind.

Dieser Vertrag soll, wie in der Einleitung gesagt ist, beitragen, „möglichst normale Verhältnisse in der Arbeiterberufung der Umgegend herzustellen, zum Besten der Leute, um ständigen Wandern derselben vorzubeugen und sie dadurch je solide und der Ordnung zugänglich zu machen.“

Eine sonderbare Logik. Und wo bleiben das Recht und Staatsanwalt?

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugzwunghalten: Weisenburg i. G., Aussperrung (Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinsland und Westfalen (Zwiebeler), Godesberg a. Rh., Sperre über die Firma W. Lauring, Sperre über die Firma Schmidt, Schönlank, Sperre über die Firma Gebrüder, Wehrath bei Düsseldorf, Sperre über die Firma Jensen, Sperre über die Firma Hellmann, Sperre über die Firma Diakonissenanstalt, Burghausen, Sperre über die Firma, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Sperre über die Firma Nicklas und Zugzwunghalten von Stultfautoren ist von Dortmund streng fernzuhalten (Streik), Straßburg i. G. (Gipser), Montabaur (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter).

Bezirk Bochum.

Buer i. W., den 6. August 1908. Die hiesigen Kollegen mußten die Wahrnehmung machen, daß sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberbundes über die Bestimmungen des neuen Tarif nicht einverstanden sind. Die Ursache dieser Erscheinung liegt anscheinend bei der Leitung des Arbeitgeberverbandes, die es, nach Angabe einzelner Arbeitgeber, nicht für notwendig hält, ihre eigenen Mitglieder mit den neuen Bestimmungen vertraut zu machen. Folge war, daß auf verschiedenen Baustellen die Kollegen übergingen, die Arbeit einzustellen, da ihnen der vertragliche Lohn nicht gezahlt wurde. Die Leiter der Organisationen haben nunmehr die Sache wieder geregelt. Freilich erst, nachdem Arbeitgeber einsehen, daß die Gesellen sich nicht mehr länger hinhalten lassen. Sie erklärten nun zum zweiten Male, Tarif anzuerkennen. Möge der Arbeitgeberbund derartige Fälle zu verhindern suchen, denn die organisierte Arbeiterschaft schläft nicht. In trefflicher Weise hat sich hierbei die Polizei von Buer bewährt. Wir können froh sein, daß es in die Jahre nicht zu einem Streik gekommen ist, sonst hätte wahrscheinlich ein Regiment Soldaten zur Verfügung haben müssen. Wenn schon bei einigen stillgelegten Baustellen Aufgebot von drei Wachtmeistern, einem Gepärdnen und einigen Polizisten „notwendig“ ist, wie sollte es dann erst einem allgemeinen Kampfe werden? Als die Vertreter Organisationen nach der Baustelle kamen, um mit dem Unternehmer zu sprechen, wurden sie wie Strazenjungen von Polizei von der Baustelle gejagt und bis ins Dorf vertrieben. Dabei ereignete sich auch das Kuriosum, daß ein Wachtmeister seines Amtes (der Inspektor war krank) den Vertreter der christlichen Organisation die Bestimmungen des neuen Tarif entgegenes lehren wollte; dabei taunte dieser Herr die Bestimmungen des Gesetzes selbst nicht. Andererseits hätte Polizei alle Veranlassung, den Mißständen auf den einzelnen Baustellen einmal nachzugehen. Tut sie das mit dem Geiste, mit dem sie jetzt gegen unsere Kollegen vorging, weiter nichts taten, als wie einem abgeschlossenen Vert Geltung zu verschaffen, also Treu und Glauben zur Anwendung zu bringen, so könnten wir dann wenigstens annehmen, daß ihr Eifer kein einseitiger und zwar nur gegen die Arbeiter gerichtet ist. Warten wir einmal ab. Groß ist unsere Hoffnung freilich nicht.

Witten a. d. Ruhr. Nachdem nach langen Verhandlungen der Tarifvertrag endgültig für den hiesigen Bezirk festgelegt worden ist, sollte man glauben, daß nun überall Frieden bestünde und tariflichen Vereinbarungen auf der ganzen Linie von den Arbeitgebern durchgeführt und innegehalten würden. Leider das nicht der Fall. Als Beweis hierfür dient der Weissenhof-Gastrop, der bei der diesjährigen Lohnbewegung im Laufe drei Wochen Lohnerhöhung als Lohnausgleich gegenüber den anderen anliegenden Städten zugesagt erhielt. Vom 1. September an mußte die Lohnerhöhung in Kraft treten, was ja auch größtenteils gescheh. Nur eine geringere Anzahl Bauunternehmer weigerte sich, die vertraglichen Bedingungen zu erfüllen und mußte die

dem Verbands nachgeholfen werden. Auch der Ortsvorsitzende des Arbeitgeberbundes, Herr Franzen in Witten, zahlte am ersten Jahrestag im Juli den tariflichen Lohn nicht; als die Kollegen Herrn Franzen davon erinnernten, daß jetzt pro Stunde drei Pfennig mehr zu zahlen seien, wurde ihnen erklärt, daß am nächsten Lohnstage, per auf den 29. Juli, der Tariflohn gezahlt und auch vom 1. Juli nachgezahlt werden sollte. Aber als der 29. Juli heranrückte, gab es bei der Auszahlung des Lohnes lange Gefächler, denn auch jetzt wurde die Lohnhöhe nicht gezahlt. Die Organisationsleiter wurden darauf vorstellig und forderten von Herrn Franzen die Innehaltung des Vertrages. Da diese sich weigerte, legten fast sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit nieder. Erst nach einem dreieinhalb-tägigen Streik wurde eine Einigung dahin erzielt, daß nunmehr am nächsten Lohnstage der Tariflohn gezahlt und ebenfalls vom 1. Juli nachgezahlt wird. Dieses wurde auch in einer Arbeitgeberversammlung, unter der Leitung des Herrn Schmiedehaus, für den ganzen Bezirk festgelegt. Die Versammlung wurde deshalb einberufen, weil, wie uns Herr Franzen erklärte, der Arbeitgeberbund noch einmal gegen den Berliner Schiedsspruch Protest erhoben hätte; auch deshalb hätte er (Franzen) geglaubt, als Vorsitzender des Ortsverbandes nicht eher den höheren Lohn zahlen zu dürfen, bis dieser Protest erledigt sei. Da müssen die Bauarbeiter doch einmal fragen, wo soll denn dieser Protest eingereicht werden? Unsere Meinung ist, daß die Protesterei doch endlich aufhören muß, oder will man von Seiten der Arbeitgeber künstlich die Lohnhöhe vergrößern, etwa bis der Sommer herum ist? Letzteres müßten wir aus dem ganzen Vorgehen der Arbeitgeber annehmen. Für uns ist maßgebend, daß durch den letzten Berliner Schiedsspruch sämtliche Lohnkürzungen endgültig geregelt worden sind. Wer sich damit nicht zufriedengeben will, gegen den werden wir in Zukunft ohne Schonung vorgehen. Hoffentlich bestimmen sich die Arbeitgeber und halten den Tarifvertrag in allen seinen Bestimmungen ein. Den Kollegen von Witten rufen wir aber zu, steht einig in der Organisation zusammen, stärkt dieselbe nach innen und außen, denn nur Kraft der Organisation sind wir in der Lage, uns den Tarifvertrag und dessen Bestimmungen zu erhalten.

Bezirk Frankfurt a. M.

Montabaur. Am Mittwoch, den 6. d. Mts., legten am Neubau des Knabenbunkers in Montabaur, der von der Lokalbau-Gesellschaft aus Düsseldorf ausgeführt wird, sämtliche Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter, insgesamt 38 Mann, die Arbeit nieder. Grund dazu war, daß die Kollegen eine allgemeine Lohnaufbesserung von 5 Pf. forderten, womit sie aber von einem Lohnstag zum anderen vertröstet wurden. Nachdem sie alsdann an obengenannter Tage nochmals bei dem Vertreter der Firma vorstellig wurden, wurde die Forderung von diesem mit groben Worten abgelehnt. Dieser gute Mann sagte unter heftiger Aufregung: innerhalb zwei Tagen hätte er eine andere Kolonne und würde dann alle an die Luft setzen. Die Kollegen (Maurer), welche noch voriges Jahr zum größten Teil in Rheinland und Westfalen gearbeitet haben, warteten nicht, bis sie entlassen wurden, sondern legten geschlossenen die Arbeit nieder. Sechs Maurer aus Camberg im Goldenen Grund, welche Verwandte und Bekannte des Poliers und unorganisiert sind, die seit Wochen an demselben Bau arbeiten und von Anfang an 60 Pf. Stundenlohn erhielten, blieben an der Arbeit. Wohl gemerkt, unsere Kollegen (Maurer) erhalten 38 Pf., die Camberger 60 Pf., und müssen trotzdem genau dieselbe Arbeit verrichten. Auch arbeiten die Camberger 11 Stunden (von 6-7 Uhr), wo dagegen unsere Kollegen in diesem Jahre die 10stündige Arbeitszeit (von 6 1/2-6 1/2 Uhr) eingeführt haben. Am Samstag fuhr der Polier um 6 Uhr mit seinen Getreuen nach ihren heimatlichen Gefilden und unsere Kollegen verloren dabei eine halbe Stunde, ohne daß ihnen dieselbe vergütet wurde. Man kann sich denken, daß die Kollegen über ein solches Gebaren verärgert wurden; und auf daß der Lohnunterschied bei gleicher Arbeitsleistung gegenüber den Cambergern nicht ein zu großer ist, forderten die Kollegen 5 Pf. Lohnaufbesserung. Trotz zweimaliger Verhandlung auf dem Bürgermeisterrat kam keine Einigung zustande, weil der Vertreter der Firma nur den „leistungsfähigen“ Kollegen und nur den Maurern eine Aufbesserung bis zu 5 Pf. gewähren wollte. Für die Zimmerer und Arbeiter wurde rundweg jede Lohnaufbesserung abgelehnt. Diesem konnten die Kollegen nicht zustimmen. Die Kollegen sind nun in einen regelrechten Streik eingetreten, und ist zu hoffen, daß dieselben bald siegreich aus demselben hervorgehen. Wir bitten daher alle Kollegen, den Bezug nach Montabaur (Westerwald) fernzuhalten. Besonders ersuchen wir die Kollegen, welche an anderen Orten bei der Lokalbau-Gesellschaft in Arbeit stehen, sich nicht bewegen zu lassen, nach Montabaur zu gehen. — Maurer, Zimmerer und

Bezirk Köln.

Köln, den 4. Juli 1908. (Fliesenleger.) Der Streik und die Einführung des Bezirkstarifes für das Fliesengewerbe in Rheinland und Westfalen haben uns einen erheblichen Vorteil gebracht. Die früheren Akkordpreise standen sowohl im Verhältnis zum Stundenlohn als auch im allgemeinen viel zu niedrig. Die erzwungenen Preise bedeuteten daher gerade für Köln eine bedeutende Verbesserung. Die Opfer des einzelnen, sowie die nicht unbedeutenden Opfer der Organisation sind somit von Erfolg gekrönt worden. Daß die Unternehmer so viel auslegen mußten, hatten sie jedenfalls nicht geglaubt, als sie aus den alten Tarif kündigten. Am 3. August fand die letzte Streikversammlung statt. Bezirksleiter Lange berichtete über den letzten Verhandlungstag und teilte mit, daß nach nochmaliger siebenstündiger Verhandlung der Tarif unterzeichnet sei. Er wies noch auf die Solidarität der Oberfeld-Banner Kollegen hin, die im Interesse der Allgemeinheit dem Tarif zugestimmt haben, obwohl die Akkordpreise für sie teils eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Die Kollegen waren in einer siegesbewußten Stimmung. Einstimmig wurde beschlossen, den Streik aufzugeben und am anderen Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Große Entrüstung herrschte über die Streikbrecher, die uns in den Mäulen gefallen sind und die Ursache waren, daß sich der Streik so lange hinausgezogen hat. Kollege Lange berichtete über das schloße Verhalten des Fliesenlegers Haag, der sich in unsere Organisation einschmuggelte. Als wir den Streik beschlossen, kam derselbe in unsere Versammlung, heuchelte dort eine „christliche Ueberzeugung“ und bat um Aufnahme in die Organisation. Mehrere Kollegen wiesen darauf hin, daß er sich vor kurzer Zeit abfällig über die christliche Organisation geäußert habe. Er behauptete jedoch auf christlichem Standpunkte zu stehen. Seine christliche Bestimmung verbot es ihm, dem sozialdemokratischen Verband, wo er gerne aufgenommen würde, beizutreten. Trotz seiner schönen Rederei protestierten mehrere Kollegen gegen seine Aufnahme, da sie erklärten, ihn genauer zu kennen, zumal er bei dem vorigen Streik Streikbrecher gewirkt habe. Auch dieses suchte Haag so hinzustellen, als wenn er nichts Unrechtes getan habe. Er versprach aber, niemals wieder derartiges zu machen. Kollege Lange wies die Kollegen darauf hin, daß wenn ihm die Aufnahme verweigert würde, dieses die gemeinsamen Interessen beim Streik schädigen werden würde, da die Gefahr des Streikbruchs bestehe. Darauf wurde seiner Aufnahme zugestimmt. Der Vorsitzende machte ihn auf das Statut aufmerksam, daß wenn sich Unorganisierte an dem Streik beteiligen und Unterstützung verlangen, von ihnen für ein halbes Jahr Beiträge zu entrichten sind. Mit Freuden stimmte Haag dem zu, auch stellte er sich an, als sei es ihm wichtiger um die Unterstützung zu tun, als um das gemeinsame Statut. So lange Haag mitwirkte, erhielt er wöchentlich während 19 A. Tropfen stieg er nach der letzten Woche an allem zu nagen an, schimpfte über das Verhalten der statu-

tarischen Beiträge und meinte, es sei unchristlich, ihm diese abzunehmen. Nachdem der Streik sich zum Ende neigte, ging er nach Ohligs arbeiten. Als der Bezirksleiter am 1. August, nachts 1 1/2 Uhr, von Barmen über Ohligs kam, da stieg Haag ein (jedenfalls hatte er so lange gearbeitet), und da schimpfte er dann ganz weidlich auf die christliche Organisation, warf dieselben Unehrlichkeit, Halunkenerei und Schuffigkeit vor. Mit diesen „christlichen Brüdern“ wollte er nichts mehr zu tun haben, da wären ihm doch die Sozialdemokraten sympathischer usw. Dieses alles sagte der Mensch im nächsten Zustande, und nachdem er sich zuvor erkundigt hatte, ob der Streik zu Ende ging. Das wagte der Mensch öffentlich zu sagen, obwohl er wußte, daß der Streikgeld bezogen hatte. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, ihn aus dem Verbands auszuschließen und nicht mehr als Kollegen anzuerkennen. Die frühere Stimmung der Kollegen war durch die Schlußrede des Verwalters Haags beeinträchtigt. Zum Schluß versprachen alle, mit neuer Begeisterung für die Organisation zu agitieren, da man wieder mal erfahren habe, daß dem Arbeiter sein einziger Schutz heute die Organisation ist. Mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter Deutschlands schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bezirk Münster.

Borghorst. (Zimmerer.) Am 30. Juni lief der hier mit den Zimmermeistern abgeschlossene Tarifvertrag ab. Zwecks Abschließung eines neuen Vertrages fanden am 29. Juli mit den Unternehmern Verhandlungen statt. Als Grundlage wurde der in Berlin abgeschlossene Mustervertrag angenommen. Inzwischen wurde gefordert Gleichstellung des Stundenlohnes der Zimmerer mit den Maurern (von 40 auf 44 Pf.). Man einigte sich auf alle Paragraphen des Normalvertrages. Beim Punkte Lohn erklärten zuerst die Unternehmer, nichts zu bewilligen; waren jedoch zuletzt bereit, ab 1. Januar 1909 1 Pf. und ab 1. Januar 1910 einen weiteren Pfennig zuzulegen. Dieses Resultat wurde den Kollegen am 31. Juli in einer Versammlung vorgelegt, und erklärten sich dieselben nach einer regen Diskussion damit einverstanden. Somit beträgt der Stundenlohn vom 1. Januar 1909 41 Pf. und ab 1. Januar 1910 42 Pf. Wurde auch nicht alles erreicht, so ist doch die Differenz zwischen dem Lohn der Maurer und Zimmerer um die Hälfte vermindert worden. Nun gilt es, den Vertrag in allen Punkten genau durchzuführen, sowie uns der besonderen Pflege unserer christlichen Ideale zu widmen, welche nur durch Selbstbildung sowie kräftige Mitarbeit am Ausbau der Organisation möglich ist.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Bohum, den 4. August 1908. (Zahlstelle der Maurer.) Am 1. August hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe wurde vom ersten Vorsitzenden Koll. G. Henrich eröffnet. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1908, 2. Vortrag über das Reichsvereinsgesetz, 3. Wahl eines Kartelldelegierten und 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab der erste Kassierer, Kollege F. Janßen, den Kassierenbericht, aus dem folgendes hervorzuhelien ist: Die Einnahmen betragen 5056,30 M.; an die Verwaltungsveranstaltung wurden abgeführt 4628,57 M. Mithin bleibt für die Zahlstelle einschließlich Kassenbestand vom ersten Quartal Markt 760,40. Die Ausgaben der Zahlstelle betragen 345,26 M., bleibt somit ein Bestand für das nächste Quartal von 415,18 M. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Bestand vom vorigen Quartal 592; aufgenommen wurden 79, ausgesteuert sind 213, abgereist 127, ausgeschlossen 1, sonstiger Abgang 3. Bestand am Schluß des Quartals 744 Maurer und 9 Fliesenleger. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nunmehr erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Hänschen das Wort zu seinem Vortrage über das Reichsvereinsgesetz. Zunächst vorbereitete sich der Redner über die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes. Die Vielteiligkeit der Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten, mit ihren schikanösen Bestimmungen, machte eine einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungswezens für das ganze Deutsche Reich erforderlich. Jahrelanger Arbeit seitens der verschiedensten Körperschaften, so auch des christlichen nationalen Arbeiterkongresses, habe es bedurft, bis die Reichsregierung sich an die Regelung dieser so wichtigen Materie heranwagte. Leider entspricht das neugeschaffene Gesetz nicht den Erwartungen, die man allgemein darauf gesetzt hatte, besonders in Gewerkschaftskreisen haben einzelne Bestimmungen arges Befremden hervorgerufen. Eingehend erläuterte der Redner die einzelnen Paragraphen und kennzeichnete die Bestimmungen, welche für uns als Gewerkschafter von Bedeutung sind. So sei es z. B. nicht ausgeschlossen, daß das Wort „Politischer Verein“ zu Unzuträglichkeiten mit den Behörden führen könne, da der Gesetzgeber dieses Wort nicht genügend definiert habe. Ebenso üben der Jugend- und Sprachenparagraphen einen ungünstigen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften aus. Während die süddeutschen Staaten durch ihre Ausfüh-rungsbestimmungen die Handhabung des Gesetzes möglichst freihellich gestatteten, habe es der reaktionäre Geist Preußens nicht über sich bringen können, der Freiheit auch nur etwas Spielraum zu gewähren. Wenn auch, so schloß Kollege Hänschen, das Gesetz Härten aufweise, so seien doch die Fortschritte und Erleichterungen, die es in einzelnen Punkten brachte, nicht zu verkennen. Wir müßten daher reformerisch tätig sein, damit die Schärpen beseitigt, und das Gesetz durch Ergänzungsparagraphen in einen für uns günstigen Sinn umgewandelt würde. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der sich anschließenden Diskussion sprach zunächst Kollege Triquart-Köln. Derselbe machte anfangs einige Ausführungen zum Vortrage, und wandte sich dann den letzten Vorgängen in der deutschen Arbeiterbewegung zu. Er kennzeichnete die moralischen Erfolge der christlichen Gewerkschaften, bezeichnete sie als aktionsfähig im weitesten Umfange und betonte, daß man jetzt in Zeiten des Friedens die Vertiefung der Gewerkschaftsideen vornehmen müsse. Den Bildungsbestrebungen müsse mehr Vorschub geleistet werden, damit die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich auf kulturellem Gebiete wirken könnten. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Triquart für seine lehrreichen Worte. Im Punkt 3 wurde Kollege Joh. Kraut als Kartelldelegierter gewählt. Im Punkt Verschiedenes wies Kollege Junger darauf hin, daß das Bochumer Gewerbegericht in einer Vollversammlung einstimmig beschlossen habe, bei Streittigkeiten, welche sich aus dem Baugewerbe herleiten, seine Entscheidungen auf Grund unseres Kollektivvertrages zu fällen, gleichviel ob Organisierte in Frage kommen oder nicht. Zu beharren sei nur, daß es nicht gelungen sei, auch den „Bochumer Verein“ unter den Vertrag zu bringen. Ein deutlicher Fingerzeig für die auf diesem Werk arbeitenden „Kollegen“, die es nicht für nötig halten, sich dem Verbands anzuschließen. Kollege Simon Wandt gab einen Überblick über den zu Ende gehenden Fliesenlegerstreik. Von Kollegen Kraut wurde der Beitritt zum Konsum-Verein empfohlen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die von über 100 Kollegen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Essen, den 3. August 1908. Am Sonntag den 2. August fand die Ausschussung der Verwaltungsveranstaltung Essen statt. Die Tagesordnung stand: 1. Bericht der Delegierten, 2. Jahresbericht des Vorstandes, 3. Kassenbericht, 4. Antrag der streikenden Fliesenleger betr. Gewährung einer Mietsentschädigung, 5. Agitation unter den Steinarbeitern, 6. Geschäftliche Mitteilungen. Zum ersten Punkt erstattete jeder Delegierte einen kurzen Bericht über den Stand seiner Zahlstelle. Besonders wurde Klage geführt über den schlechten Besuchsbesuch. Auch verteidigten die Unternehmer noch die Zahlung der erhöhten Löhne. Es wurde beschlossen, dagegen ernstlich vorzugehen. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes, welcher vom Kollegen Bach gegeben wurde, ging hervor, daß die Bautätigkeit bis jetzt sehr schlecht gewesen sei in den einzelnen Ortsgruppen, besonders in Vorbeck, Rothhausen, Steele und Kupferdreh. In den ländlichen Zahlstellen wurde die Beobachtung gemacht, daß dort fast nur Bergbauhelfer oder gemahregelte Bergarbeiter als Hilfsarbeiter beschäftigt wurden. Die geführten Lohnbewegungen sind, mit Ausnahme der Fliesenleger, bis jetzt auf friedlichem Wege erledigt. In Zukunft müßte jedoch ein größeres Verständnis für die Tarifverträge sowie für allgemeine wirtschaftliche Fragen unter den Kollegen nachgerufen werden. Die Agitation wurde von den Kollegen in sehr geringem Maße betrieben, und muß hier etwas lebhafter eingegriffen werden. Neu eingesetzt wurde in Kettwig, wo wir schon seit Gründung der Zahlstelle von 10 auf 25 Mitglieder gestiegen sind. Die Einhaltung des Vertrages ließ auch viel zu wünschen übrig. Am meisten wurde von Seiten der Arbeitgeber der Vertrag in puncto Arbeitszeit durchbrochen; vorgugsweise von den Firmen Heinrich Koppers-Essen, Bullmann-Caternberg, Müller-Stoppenberg, Beckmann-Bochum usw. Diese Firmen empfehlen wir besonders der Obhut des Arbeitgeberbundes. Wir könnten hier noch eine ganze Reihe dergleicher Firmen nennen, die sogar die Leute, weil sie sich weigerten, länger als 10 Stunden zu arbeiten, entlassen haben. Auch unsere Kollegen sind gehalten, strikte die Bestimmungen des Vertrages einzuhalten. Die mangelhafte Befolgung der Vorschriften betr. Bauarbeiterchutz von Seiten der Arbeitgeber, war sehr oft die Veranlassung, daß wir Anzeige bei der Baupolizei machen mußten, worauf dann Bestrafung erfolgte. Auf dem Gebiete d. rechtlich-sicheres sind für eine ganze Reihe Kollegen Gewerbegerichtsfragen, ferner Unfalls-, Invaliden- und Krankenversicherung Angelegenheiten usw. erledigt worden. Die am Gewerbegericht für die Kollegen gewonnenen Klagen brachten den Betrag von 710,21 M. ein. Zum Schluß wurde auf eine bessere Pflege des Arbeitsnachweises hingewiesen. Aus dem Kassenbericht, den Kollege Schumacher gab, war zu entnehmen, daß wir trotz der schlechten Zeitverhältnisse mit unserem Kassenabluß zufrieden sein können. Die Gesamteinnahme betrug 14 897,05 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 2244. Der Bestand der Lokalkasse für das dritte Quartal beträgt 11 852,52 M. Den streikenden Fliesenlegern wurde als Mietsentschädigung die Summe von 150 M. bewilligt. Dieses dürfte wohl für manchen den Schluß zulassen, für die Zukunft bedacht zu sein, gute Kassenverhältnisse schaffen zu helfen, damit in Zeiten des Kampfes das Pulver trocken ist. Der fünfte Punkt wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden schloß derselbe die Sitzung.

Slogan. (Bezirkskonferenz.) Die bereits für den 5. Juli vorgegebene Konferenz, die auf Wunsch des Kollegen Pfeffer, der als Bezirksleiter für Mittel-, Nieder- und die Lauffitz vom Rheinland nach Breslau versetzt wurde, fand am 26. Juli in Slogan statt. Anwesend waren 19 Delegierte, die ca. 650 Mitglieder vertraten, sowie Kollege Schmidt als Vertreter des Hauptvorstandes und Kollege Pfeffer als Bezirksleiter des neu eingeteilten Bezirks. Kollege Kranz (Posen) eröffnete die Konferenz und begrüßte die Erschienenen. Nach der Vorstandswahl, aus der die Kollegen Kranz, Kranz und Pfeffer hervorgingen, erstattete Kollege Kranz den Bericht. Es ist daraus zu entnehmen, daß es trotz der schwierigen Agitation von Jahr zu Jahr vorangit. Auch sind die geführten Lohnbewegungen mit Erfolg verlaufen. Eine Klage war, wie an vielen anderen Orten, der Extrabeitrag. Es wurde den Delegierten anheimgegeben, daß da, wo die Extrabeiträge zu stehen seien, dieses nachgeholt werden soll. Kollege Kranz erstattete Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission. Auch daraus war zu entnehmen, daß diese getan hatte, was in ihren Kräften stand. Die Diskussion war sehr lebhaft, überall wurde der Wunsch aus den einzelnen Orten laut, daß auch bei ihnen etwas für die Organisation getan werden möge. Die Kollegen begrüßten daher, daß der Zentralvorstand endlich ihren Wunsch erfüllt und für Schlesien einen Bezirksleiter angestellt habe. Die Delegierten von Breslau waren die einzigen, die mit dem Schritt der Zentrale nicht einverstanden waren. Kollege Schmidt (Berlin) hielt einen Vortrag über Lohnbewegung und Agitation. Die Kollegen erhielten manche Anleitung, wie sie in Zukunft arbeiten sollen. Gegen den letzten Punkt, Agitationsbeitrag, sprachen die meisten Kollegen. Kollege Pfeffer empfahl daher den Punkt vorläufig fallen zu lassen. Es sollen jedoch die Kollegen in den Zahlstellen in der Weise agitieren, daß auch in diesem Bezirk ein solcher Beitrag erhoben wird. Kollege Pfeffer will ebenfalls in den Versammlungen darauf hinwirken und die Kollegen über diese Frage aufklären. Besonders wurde noch erwähnt, daß da, wo die Hauszifferierung noch nicht eingeführt sei, dies recht bald geschehen müsse. Gegen 1/8 Uhr wurde die anstehende Konferenz vom Kollegen Kranz geschlossen.

Reichenburg, den 2. August 1908. In der „Bürgerhalle“ hielt gestern abend unser Verband eine Versammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte. Der Vorsitzende Kollege Grabanski eröffnete dieselbe mit einem Kaiserhoch und erteilte hierauf Gewerkschaftssekretär Müller (Danzig) das Wort zu seinem Referate: „Die erhöhen und sichern wir unser Einkommen“. Redner entfaltete an der Hand von statistischem Zahlenmaterial ein interessantes Bild über das Einkommen der Arbeiterschaft, kam auf die heutige Produktionsweise zurück und referierte für eine Aufbesserung der Löhne. Wie der Unternehmer an der gut verzinslichen Anlage seines Kapitals ein Interesse habe, sehe auch dem Arbeiter ein Recht auf möglichst höhere Verdienste seiner Kräfte zu. Die Umwälzungen im Deutschen Reich und in der gesamten Welt hätten ganz andere Verhältnisse heraufbeschworen, die auch dem Arbeiter nicht spurlos vorübergingen. Die deutsche Arbeiterschaft sei hier von in erster Linie betroffen worden. Mit der jährlichen Volksvermehrung von 800 000 Köpfen steigen auch die Bedürfnisse, folglich müßten auch die Löhne steigen, um die Lebenshaltung verbessern zu können. Gerade der Zentralverband christlicher Bauhandwerker, welcher sich auf den Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stellt, juche den Arbeitern hier helfend beizustehen und ihre Interessen zu vertreten. Das Unternehmertum als solches sei nicht zu bekämpfen, doch sei dem Arbeiter für das von ihm gebachte Risiko der Kraft und Gesundheit der entsprechende Anteil an den Kulturprodukten unserer Zeit zu gewähren. Die Grundlage zu einer gedeihlichen Fortentwicklung bilden die Tarifverträge, welche auf gleicher Stufe zwischen Arbeiter und Unternehmer gestellt, in anderen Orten sehr segensreich in Erscheinung treten. Diese Forderung sei eine berechtigte, von der namentlich der Unternehmer partizipiere. Sie bilde eine Grundlage des Friedens, auf welcher es auch dem Arbeiter möglich sein kann, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Um dieses zu erreichen, gehöre in erster Linie ein geschlossener Arbeiterschaft, die evtl. ihrer Forderung auch der nötigen Nachdruck verleihen kann und so auch dem Unternehmer Achtung abgewinnt. Wenn dieses am heftigen Orte noch nicht

